

Serbien

Sabine Willenberg

Noch zeigt sich Serbiens Präsident Aleksandar Vučić unerschütterlich. Doch der Gegenwind aus dem Oppositionslager ist deutlich stärker geworden. Gleichzeitig erreichten die Auseinandersetzungen mit Kosovo eine neue Eskalationsstufe, auf der nur ein deutsch-französischer Schulterschluss half, das Zepter für die Europäische Union zurückzugewinnen: Beabsichtigt zur Sicherung der Stabilität in der Region, unbeabsichtigt zur Stabilisierung Vučićs Macht.

Proteste gegen System Vučić

Über Jahre hat Serbiens Präsident seine Macht zu einem immer autokratischeren System Vučić ausgebaut. Auf den Griff nach dem Ministerpräsidentenamt 2014 folgte 2017 auch jener nach dem Posten des Präsidenten. Im März 2018 siegte seine Liste „Aleksandar Vučić – weil ich Belgrad liebe“ im Belgrader Bürgermeisterwahlkampf. Im Jahr 2019 sah sich das System Vučić dem bislang stärksten Angriff ausgesetzt: In wöchentlichen Massenprotesten prangern seit Dezember 2018 zehntausende Serben in über 90 Städten vehement die Konzentration der Macht, die Marginalisierung der Opposition und die massive Einschränkung der Pressefreiheit an und fordern die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Die Protestbewegung nennt sich „1 aus 5 Millionen“ – in Anspielung auf Vučićs Äußerung, sich auch von fünf Mio. Demonstranten nicht beeindruckt zu lassen. Nachdem mehrere Oppositionsparteien das serbische Parlament seit Anfang 2019 boykottieren, mahnte nun auch die Europäische Kommission, die Proteste nicht weiter zu ignorieren. Ihre bislang zurückhaltende Kritik des politischen Einflusses auf die Verwaltung und Justiz sowie der verbreiteten Korruption und beschränkten Meinungsfreiheit wurde auch im jüngsten Fortschrittsbericht deutlicher. Die EU-Beitrittsverhandlungen beeinträchtigte dies bislang nicht. Zuletzt hatte Serbien im Dezember 2018 die Kapitel 17 und 18 geöffnet. Damit sind aktuell 16 der 35 Verhandlungskapitel offen, zwei vorübergehend geschlossen.¹

Stabilitätsoffensive für die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo

Die Gretchen-Frage für den EU-Beitritt Serbiens bleibt aber das Verhältnis zu Kosovo. Dieses erlebte im vergangenen Jahr eine Berg- und Talfahrt. Im Sommer 2018 schien sich ein Lösungsweg abzuzeichnen, den Belgrad und Pristina in erstaunlichem Gleichschritt – und mit amerikanischer Rückendeckung – anboten, die Vertreter der Europäischen Union aber in Bedrängnis brachte: Ein konsensueller Landabtausch – mehrheitlich serbisch bewohnte Gebiete des Nordkosovos gegen albanisch dominierte in Südserbien – sollte eine Lösung bringen. Vor allem in Berlin aber weckte der Bruch des bisherigen Tabus der Grenzänderungen die Angst einer weiten Destabilisierung des Balkans. Bevor die Verhandlungen aktuell wurden, verhärteten sich die Fronten. Bereits im Juli 2018 musste sich die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini in den EU-gelei-

1 Vgl. Europäische Kommission: Serbia 2019 Report, Brüssel 2019; vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

teten Normalisierungsgesprächen erneut geschlagen geben. Im November 2018 verhängte Kosovos Regierung einen hundertprozentigen Aufschlag auf Importe aus Serbien und Bosnien-Herzegowina – nicht zufällig einen Tag nach den erneut gescheiterten Bemühungen des Kosovo um eine Aufnahme in Interpol, hinter denen Pristina eine „aggressive Kampagne [Serbiens] gegen das Kosovo“ vermutete.² Aus Protest kappten die Serben im Nordkosovo die zuvor nur mühevoll aufgebauten Beziehungen zur kosovarischen Regierung. Im Dezember 2018 eskalierte der Streit gar im UN-Sicherheitsrat um die Pläne Pristinas, die bisherige Schutztruppe in reguläre Streitkräfte umzuwandeln.³

Damit rief Pristina nicht nur Serbien, sondern auch die Europäische Union, NATO und Nachbarstaaten gegen sich auf den Plan: Die Strafzölle wurden scharf als Verstoß gegen das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA), die Gründung der eigenen Armee als Verstoß gegen die international vereinbarte Verfassung Kosovos kritisiert. Für Vučić bedeutete das letztlich Schützenhilfe. Trotz der massiven internen Kritik ist er aus europäischer Sicht wieder zurück in seiner Paraderolle des Stabilisators.

Erst mit dem deutsch-französischen Schulterchluss gelang es im April 2019, Serbien und Kosovo wieder an einen Tisch zu bekommen: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron luden zur Balkan-Konferenz nach Berlin und postulierten den gemeinsamen Nenner: „Stabilität im Westbalkan ist im Interesse Europas“⁴. Den serbisch-kosovarisch-amerikanischen Ideen von Grenzänderungen erteilten sie eine klare Absage. Vielmehr müsse der Fokus auf Sicherheit, Bekämpfung von Waffenschmuggel, Terrorismus, irregulärer Migration und organisierter Kriminalität liegen. Merkels und Macrons Beharren auf einem EU-geführten Dialog hat damit zwar Wirkung gezeigt.⁵ Wie das Ziel, das umfassende und endgültige Abkommen, das der Stabilität in der Region dient und den Weg nach Europa öffnen werde, aber erreicht werden soll, blieb nach wie vor offen.

Russland überschätzt – China unterschätzt – Europäische Union verschätzt?

Dies wird letztendlich auch davon abhängen, wie gefestigt sich Vučić in seiner internen Position fühlt und welche externen Unterstützer er für dienlich hält. Zwar ist die Europäische Union Serbiens wichtigster Handelspartner. Die Bande zu Russland bleiben aber eng. Gleichzeitig wächst die Rolle Chinas als Großinvestor.⁶ Keiner dieser geopolitischen Akteure sabotiert zwar offen den EU-Beitritt der Balkanstaaten, doch, so warnte jüngst eine Expertenkommission: Die Westbalkanstaaten „könnten als außenpolitische ‚Trojanische Pferde‘ der anderen Mächte fungieren und die europäische Einheit in Zukunft destabilisieren“⁷.

Weiterführende Literatur

Florian Bieber/Nikolaos Tsifakis: The Western Balkans as a Geopolitical Chessboard? Myths, Realities and Policy Options, BiEPAG Policy Brief, June 2019.

2 Vgl. Deutsche Welle: Kosovo provoziert Handelsstreit mit Serbien, 22.11.2018.

3 Vgl. Andreas Ernst: Pristina baut eine eigene Armee auf, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.12.2018.

4 Vgl. Deutsche Welle: Neuer Drive in der Kosovo-Frage?, 30.4.2019.

5 Vgl. Deutsche Welle: Neuer Drive in der Kosovo-Frage?, 30.4.2019.

6 Vgl. Andreas Ernst: Die Rolle Russlands auf dem Balkan wird überschätzt – und Chinas Einfluss unterschätzt, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.3.2019.

7 Vgl. Bericht der Europe Policy Advisory Group (BiEPAG) in Agata Palickova: EU hält sich auf dem Balkan zurück, in: Euraktiv.com, 25.6.2019.